EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM



... International Press Service....

Ressort: Special interest

Integration von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten

Stuttgart, 18.12.2016 [ENA]

Am Montag haben in Stuttgart Vertreter von Justiz-, Wirtschafts- und Sozialministerium sowie von weiteren Institutionen eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Diese hat zum Ziel, dass entlassene Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Baden-Württemberg zukünftig besser integriert werden, möglichst vielen Entlassenen der Übergang in eine neue Existenz gelingt und das Risiko erneuter Straffälligkeit sinkt.

Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa: "Eine gelingende Resozialisierung ist ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit im Land und zugleich der beste künftige Opferschutz. Selbstverständlich müssen Menschen, die sich strafbar gemacht haben, angemessen bestraft werden. Daran gibt es keine Zweifel. Es ist aber genauso richtig und wichtig, Entlassenen wieder eine Brücke zurück in die Gesellschaft zu bauen."

Hubert Wicker, Ministerialdirektor des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau: "Eine gelungene und zügige Integration in die Gesellschaft nach der Haft bietet dem Haftentlassenen die wichtige Chance, sein Leben in eine positive Richtung zu entwickeln und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer echten, dauerhaften Resozialisierung. Die nun vorliegende Vereinbarung ist ein gelungenes Beispiel für die Weiterentwicklung des Resozialisierungsgedankens, aber auch für die konstruktive Zusammenarbeit unterschiedlicher Behörden und Institutionen."

Wolf Hammann, Amtschef des Ministeriums für Soziales und Integration: "Angesichts der Tatsache, dass viele Inhaftierte verschuldet sind und ihnen ein Überblick über ihre Verbindlichkeiten fehlt, ist eine gute fachliche Beratung schon im Gefängnis unabdingbar, damit die ehemaligen Strafgefangenen sich nach ihrer Freilassung möglichst schnell wieder ein geordnetes soziales Umfeld aufbauen können. Je früher man mit der Schuldnerberatung beginnt, desto weniger wertvolle Zeit verliert man im Anschluss."

Christian Rauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit: "Die besondere Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit besteht darin, die zu entlassenden Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten bei der Beschäftigungsaufnahme bestmöglich zu unterstützen. Wichtig ist uns hierbei, die Betroffenen frühzeitig und individuell zu beraten und mit Vermittlungsaktivitäten anzusetzen. In allen Arbeitsagenturen im Land stehen bereits heute für die Straffälligen und Netzwerkpartner speziell geschulte, rechtskreisübergreifend tätige Resozialisierungsberater als Ansprechpartner bereit. Es gilt nun, diese Kooperation auf Landesebene in der

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16 D-85055 Ingolstadt

Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660 Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661

Email: contact@european-news-agency.com Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM



..... International Press Service......

täglichen Praxis mit Leben zu füllen."

Bericht online lesen:

http://gerber.en-a.de/special_interest/integration_von_strafgefangenen_und_sicherungsverwahrten-66545/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Sebastian Gerber

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16

Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com

Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.